

# Spitäler kosten den Kanton Zürich massiv mehr, doch Geld gibt es nicht

Der Kantonsrat beschliesst ein neues Spitalgesetz. «Steuern auf Vorrat» will er nicht bewilligen.

**Von Susanne Anderegg**

Die Finanzströme im Zürcher Gesundheitswesen werden vereinfacht. Ab 2012 kommt der Kanton allein für die Kosten der Spitäler auf - die Gemeinden finanzieren im Gegenzug die Langzeitpflege. Diese Entflechtung ist Teil des neuen Spitalgesetzes, das der Kantonsrat gestern beraten hat. Alle Parteien sprachen sich für den Systemwechsel aus. Uneinig waren sie sich aber über die Folgen.

Der Regierungsrat rechnet mit Mehrkosten von 255 Millionen Franken für den Kanton und will diese mit einer Erhöhung der Staatssteuern von 100 auf

105 Prozent auffangen. Im Gegenzug könnten die Gemeinden ihre Steuern senken. Ihre geschätzte Minderbelastung ist allerdings mit 135 Millionen nicht gleich gross, weil die Langzeitpflege ein stark wachsender Bereich ist. Die SP stellte den Antrag, die Verschiebung im Spitalgesetz zu berücksichtigen, das heisst eine Steuererhöhung beim Staat und eine Senkung in den Gemeinden vorzuschreiben. Doch davon wollten die Bürgerlichen nichts wissen. Die Gemeinden wüssten am besten, was sie brauchten, und würden ihre Steuern ohnehin so tief wie möglich halten. Auf

der anderen Seite ist die bürgerliche Parlamentsmehrheit von SVP, FDP und Grünliberalen auch nicht bereit, in der Budgetdebatte Ende Jahr die Staatssteuern ab 2012 zu erhöhen.

Die SVP verlangte von der Regierung Alternativen. Die GLP forderte, der Kanton müsse erst mal anderswo sparen, zum Beispiel beim «Planungsapparat». Wenn es sich aber zeige, dass eine Steuererhöhung wirklich nötig sei, werde sie diese später nicht ablehnen. In den Augen der Linken ist diese Haltung «Zechprellerei». Sogar der freisinnige Gesundheitsdirektor Thomas Heini-

ger kritisierte die Bürgerlichen, sie würden die Systemverbesserung als Sparübung missbrauchen. Er sieht keine weitere Sparmöglichkeit, kostet doch die Umstellung auf Fallpauschalen den Kanton bereits rund 150 Millionen. Die CVP versprach immerhin, bei der Zahlungsverweigerung nicht mitzumachen.

## Neues Zürcher Spitalgesetz

Kommentar: Ohne Steuergeschenke fehlt auch kein Geld in der Kasse. – Seite 2

Die Spitäler dürfen ihre Gewinne in Zukunft behalten. – Seite 15